

Rede zum Haushalt 2025

27.03.2025

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen!

Wir befinden uns nach wie vor in unruhigem Fahrwasser. „Die deutsche Wirtschaft steckt fest“, so der Leiter der Ifo-Konjunkturprognose und traut ihr nur ein Mini-Wachstum von 0,2 Prozent für dieses Jahr zu. Politische Unsicherheiten in Deutschland und den USA sorgen für Risiken. Hoffnung soll nun das am vergangenen Freitag beschlossene Finanzpaket verleihen mit vermutet positiven Impulsen durch Maßnahmen zur Stärkung der Infrastruktur.

Der Städtetag hat bereits dazu aufgerufen, das Geld aus dem Sondervermögen möglichst schnell und nach einem einfachen Vergabeverfahren an Länder und Kommunen weiterzuleiten. Der Verteilungskampf hat begonnen – auf die Ergebnisse darf man gespannt sein.

Wichtig wäre es, weg von der Verwaltungskonnexität und hin zur Veranlassungskonnexität zu kommen. Wer bestellt, muss bezahlen! Es darf nicht länger das Gefühl herrschen,

dass die Kommunen als Schattenhaushalte für Wohltaten und Aufgaben dienen, die Bund und Land sich eigentlich nicht leisten könnten. Stellvertretend sei hier die Pflichtaufgabe der Kinderbetreuung in Kita und OGS genannt.

Den Kommunen allgemein aber auch uns läuft der Aufwand bei einer Anzahl an Aufgaben, die an die Belastungsgrenze reicht, davon. Dies macht sich vor allem in den Bereichen Soziales, Personal und dem Umfang notwendiger Investitionen bemerkbar. Wir erwarten dadurch deutliche Liquiditätsabflüsse und damit zusammenhängend über alle Jahre der Finanzplanung Kreditaufnahmen von insgesamt gut 20 Mio. Euro, die mit Zinsaufwand einhergehen.

Im zweiten Jahr in Folge weisen wir einen Jahresfehlbetrag aus. Damit unser Haushalt zumindest fiktiv ausgeglichen ist, müssen wir wieder in die Ausgleichsrücklage greifen. Somit wird diese um den prognostizierten Fehlbetrag von ca. 4,69 Mio. € – dem Zweithöchsten seit 2009 – gemindert. Um diesen Betrag verringert sich auch unser Eigenkapital. Diese Entwicklung setzt sich voraussichtlich 2026 und 2027 so fort.

Und dann wären da noch die bis 2023 isolierten Corona- und Ukrainekrieg bedingten Kosten von gut 6,3 Mio. Euro. Diese müssen ab dem nächsten Jahr linear über 50 Jahre erfolgswirksam abgeschrieben oder gegen die allgemeinen

Rücklagen – ebenfalls erfolgswirksam– verbucht werden. Dies wird unser Ergebnis in 2026 entsprechend belasten.

Die Notwendigkeit zum Sparen hält also an. Es war richtig, bei der letzten Haushaltsverabschiedung das Einsetzen des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung zu beantragen.

Dieser hat inzwischen drei Mal getagt und für den Zeitraum bis Ende 2027 Einsparpotentiale von gut 1,5 Millionen € befürwortet. Diese Aufgabe muss sich verstetigen und vom neuen Rat konsequent fortgeführt werden. Denn hier liegt ein Hebel zum Erhalt finanzieller Handlungsspielräume.

Zusätzlich müssen wir unsere Haushaltsansätze unter den Zielsetzungen gebotener kaufmännischer Vorsicht festlegen. Ein dadurch eventuell geringer ausgewiesenes Jahresergebnis ist nicht schön aber im Zusammenspiel mit unseren strategischen Haushaltszielen ein wichtiger Anhaltspunkt für unsere Entscheidungen.

Insofern begrüßen wir die im jüngsten Haupt- und Finanzausschuss getroffene Entscheidung, den Gewerbesteueransatz für das laufende Jahr von bisher 16 Mio. Euro auf 14,5 Mio. Euro zu reduzieren. Denn nicht nur die Gewerbesteuer auch alle weiteren gemeindlichen Steuerarten sind in ihren Ansätzen wegen noch nicht planbarer Auswirkungen bundesgesetzgeberischer Veränderungen risikobehaftet.

Doch wir schauen nach vorne – aber kostenbewusst. Wichtige Maßnahmen sind umzusetzen, um Investitionsstaus und weitere Kostensteigerungen zu vermeiden und um Schulen zukunftsfähig aufzustellen.

Dabei stehen Investitionen aufgrund steigender Schülerzahlen und zunehmender Bedarfe im Bereich der Ganztagsbetreuung richtigerweise im Vordergrund. Die bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums angesetzten knapp 19 Mio. Euro enthalten allerdings noch nicht alle Maßnahmen, die der Schulentwicklungsplan vorsieht. Zudem liefern Kostenschätzungen, die den angesetzten Werten zugrundeliegen immer nur Anhaltspunkte. Die tatsächlichen Kosten sind in der Regel höher.

Insgesamt wären Informationen zur jeweiligen Maßnahmenfinanzierung und ihrem Einfluss auf die Liquidität wünschenswert, um Vorhaben auch diesbezüglich sowie in der Gesamtbetrachtung beurteilen zu können. Ein wichtiger Anhaltspunkt auch für notwendige Priorisierungen.

Aktuell befinden sich mehrere Vorhaben im Verfahren zur Vergabe der Architekturleistungen. So der Erweiterungsbau der Mariengrundscheule, der Um- und Anbau der Bonhoefer-schule und die Errichtung der Zentralmensa. Diese soll den weiterführenden Schulen, die in ihren räumlichen Kapa-

zitäten beengt sind, durch die Verlagerung ihrer Mensen in ein separates Gebäude Luft verschaffen.

Damit sich dies zu einem wirklichen Highlight für die Schüler, die dort zukünftig essen sollen, entwickelt, ist ein intensiver Austausch mit Elternvertretern, dem Lehrpersonal und vor allem mit den älteren Schülern erforderlich. Die neue Zentralmensa muss für diese Zielgruppe in Raumgestaltung und Essensangebot eine überzeugende Alternative für Currywurst und Co. darstellen. Warum also das Ganze nicht breiter denken und örtlichen Gastronomen zeitweise dort auch ihr Angebot ermöglichen? Oder das Ganze für einen Mittagstisch für unsere Sendener Senioren öffnen?

Auch die Vorbereitungen zur Umsetzung eines neuen, zeitgemäßen Bauhofes gehen voran; aller Voraussicht nach wird's aber auch hier teurer werden.

Doch nicht nur die Umsetzung neuer Maßnahmen kostet. Was einmal errichtet wurde, muss auch erhalten werden. So werden wir in unser Cabrio-Bad investieren müssen, soll es attraktiv bleiben. Die intensive Nutzung der vergangenen Jahre macht dies auf mittlere Sicht erforderlich.

Gleichzeitig muss konsequent die Kanalisation in allen Ortsteilen erneuert werden. Auch dies gehört – wenn auch nicht

sichtbar– zu einem attraktiven und hinsichtlich zunehmender Starkregenereignisse sicheren Wohnumfeld.

Die Schaffung von Wohnraum – barrierefrei und bezahlbar – bleibt Daueraufgabe. Sollen Mieten und Grundstückspreise erschwinglich bleiben, brauchen wir Entwicklungsmöglichkeiten. Wir müssen uns also weiter intensiv bemühen, dass uns der neu aufzustellende bzw. bald aufgestellte Regionalplan doch noch weitere Flächenkontingente zuspricht. Ein aufwändiger Flächentausch ermöglicht uns jetzt zwar die Entwicklung von Sporksfeld II in Bösensell und Hörsken in Ottmarsbocholt. Danach darf die wohnbaulichen Entwicklung aber nicht enden.

Nicht zuletzt weil der Grundstücksverkauf eine wichtige Einnahmequelle für die Gemeinde ist. Denn wir haben weitere Aufgaben und Vorhaben, die uns finanziell und kapazitätsmäßig fordern, die wir aber voranbringen wollen.

Im Ortsteil Senden soll der Skatepark in diesem Jahr entstehen und Verwaltung und Schule weiter digitalisiert werden. Der technische Support muss geleistet und Lösungen für nicht wenige, verloren gegangene bzw. kaputte iPads gefunden werden. Hier müssen wir noch mal über das Thema Verantwortung sprechen.

Sorge bereitet uns, wie schon oben erwähnt, die Finanzierung des Systems Kita. Immer öfter wird eine zusätzliche, gemeindliche Kostenbeteiligung erforderlich. Geht den Trägern der finanzielle Atem aus, weil Kostensteigerungen und Renovierungsbedarfe nicht adäquat gegenfinanziert werden, bleibt der schwarze Peter bei der Kommune.

Der Radverkehr und der innerörtliche ÖPNV wollen weiter gestärkt, die Ausweitung von PV-Anlagen auf gemeindlichen Gebäuden vorangebracht und die kommunale Wärmeplanung aufgestellt werden.

Es müssen Unterkünfte für Geflüchtete gefunden bzw. neu errichtet werden und die Menschen angemessen an das Leben hier gewöhnt werden. Eine Aufgabe, die in Senden mit Herzblut und vollem Engagement ausgeführt wird aber die Grenzen des Leistbaren eigentlich sprengt.

Wir haben die Erstellung eines ISEK 2.0 beschlossen. Dies eröffnet Perspektiven für eine weitere Attraktivitätssteigerung im Sendener Ortskern und den Überlegungen zum Rathausumbau bzw. -erweiterung. Fördermittel sind immer eine Chance, doch der Eigenanteil darf nicht vergessen werden und es sollte nur angepackt werden, was sein muss. Denn auch unsere Ortsteile haben Bedarfe, um sich zukunftsfähig aufzustellen.

Den Haushaltsplanentwurf haben wir gründlich diskutiert. In Anbetracht der Vielzahl und weiter steigenden Aufgaben werden wir in Zukunft einer noch stärkeren Priorisierung verpflichtet sein - auch mit Blick auf die Personalintensität.

Dem Entwurf der Haushaltssatzung stimmen wir mit dem Ziel zu, Senden so weiterzuentwickeln, dass wir auch zukünftig kein Haushaltssicherungskonzept benötigen, unsere Vereine, das Ehrenamt und unsere Schulen weiter fördern sowie das Gemeindeleben mit unseren freiwilligen Leistungen bereichern können.

Wir wollen Senden weiterhin als lebendige Gemeinde, attraktiven Wohn- und Lebensort solide und gut aufstellen. Dafür setzen wir uns engagiert, mit Verantwortungsbewußtsein und Tatkraft ein. Bei allen Unsicherheiten und Verpflichtungen haben wir dennoch Gestaltungsmöglichkeiten. Wir sollten sie nutzen – Senden hat's verdient.

An dieser Stelle darf der herzliche Dank an die gesamte Mannschaft der Verwaltung nicht fehlen. Die gute Kooperationsbereitschaft und Unterstützung unserer Ratsarbeit sehen wir nicht als selbstverständlich an. Vielen Dank dafür!

Danke auch für Ihre und Eure Aufmerksamkeit!